

1989 geriet das SED-Regime in der DDR weiter unter Druck. Immer mehr Menschen waren mit den Verhältnissen unzufrieden. Sie wollten die DDR entweder verlassen oder versuchten, das Land zu reformieren und die Politik aktiv mitzugestalten. Bürgerrechtsgruppen, wie das Neue Forum, wurden immer bekannter, während die Staatssicherheit ihre Aktivitäten genau beobachtete und dokumentierte.

Bürgerrechtsgruppen hatte es in der DDR bereits vor dem Spätsommer 1989 gegeben. Eine Übersicht, die die Stasi im Mai fertig gestellt hatte, zählte in der gesamten DDR 160 Gruppen auf, die zu einem erheblichen Teil schon seit Jahren existierten. Diese beschränkten sich allerdings in der Regel auf bestimmte Themen (Frieden, Ökologie, Gleichberechtigung der Frauen usw.) und ihre Mitglieder lehnten es ab, sich selbst als "Dissidenten" oder "Oppositionelle" zu bezeichnen. Das hatte vor allem taktische Gründe, weil sie die Diktatur nicht zu sehr herausfordern wollten. Auf der Gegenseite hat die Staatssicherheit die Gruppen genau beobachtet, mit Inoffiziellen Mitarbeitern infiltriert, einzuschüchtern und zu zersetzen versucht. Aber sie mit offen repressiven Mitteln zu zerschlagen und die Aktivistinnen und Aktivisten einzusperren, war ihr nicht möglich. Weil das als "politische" (nicht als rechtliche) Frage galt, hätte die Stasi dazu vorab eine Erlaubnis von SED-Generalsekretär Erich Honecker benötigt. Der aber zögerte, weil er einen Ansehensverlust im westlichen Ausland fürchtete.

Durch die Fluchtwelle über Ungarn im August 1989 und die Unruhe, die sie in der DDR auslöste, änderte sich die Konstellation grundlegend. Viele Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler kamen in diesen Wochen zu der Überzeugung, es sei an der Zeit, sich zu Wort zu melden und eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen.

Die Bürgerrechtsinitiative mit der bald größten öffentlichen Resonanz war das Neue Forum, das am 9./10. September in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen wurde. Ihre Kernbotschaft lautete: "Die Zeit ist reif – Aufbruch '89". Von der Staatssicherheit wurde sie genau beobachtet. Das Neue Forum war eine von mehreren politischen Initiativen, die in diesen Wochen gestartet wurden oder, schon etwas länger in Vorbereitung, nun zum ersten Mal an die Öffentlichkeit gingen: die Initiative für die Schaffung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR, die "Vereinigte Linke", der "Demokratische Aufbruch" und "Demokratie jetzt".

Die vorliegende "Information" der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) enthält Hinweise darauf, wie die Aktivistinnen und Aktivisten auf die gescheiterte Anmeldung einer offiziellen Vereinigung Neues Forum reagierten. Sie ließen sich durch die Drohung mit strafrechtlicher Verfolgung nicht einschüchtern und verbreiteten weiterhin den Gründungsaufruf des Neuen Forums insbesondere in kirchlichen Gruppen und Veranstaltungen. Der Aufruf fand insbesondere unter den "Kunst- und Kulturschaffenden" eine wachsende Resonanz.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5733, Bl. 7-12

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs - Datum: 2.10.1989 und Informationsgruppe Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument



MINISTERIUM F	UR STAATSSICHERHEIT
Streng geheim! Um Rückgabe wird gebeten!	8 Berlin, den
Nr. 434 / 89	Exemplar
INFO	ORMATION
lehnung der Anmeldung der Vere Fortsetzung von Aktivitäten zu	über onen von Antragstellern auf die Ab- einigung "Neues Forum" und über die ur Formierung dieser oppositionellen
lehnung der Anmeldung der Vere	onen von Antragstellern auf die Ab- einigung "Neues Forum" und über die
lehnung der Anmeldung der Verd Fortsetzung von Aktivitäten zu Sammlungsbewegung Nach dem MfS vorliegenden stre	onen von Antragstellern auf die Ab- einigung "Neues Forum" und über die
lehnung der Anmeldung der Vere Fortsetzung von Aktivitäten zu Sammlungsbewegung Nach dem MfS vorliegenden stre Erstunterzeichner des Gründung zur Formierung des "Neuen Ford	onen von Antragstellern auf die Abeinigung "Neues Forum" und über die ur Formierung dieser oppositionellen eng internen Hinweisen erklärten die gsaufrufes mehrheitlich, ihre Aktivitäten ums" fortzusetzen.
lehnung der Anmeldung der Vere Fortsetzung von Aktivitäten zu Sammlungsbewegung Nach dem MfS vorliegenden stre Erstunterzeichner des Gründung zur Formierung des "Neuen Ford Unter Bezugnahme auf die geger auf die angebliche Resonanz be	onen von Antragstellern auf die Abeinigung "Neues Forum" und über die ur Formierung dieser oppositionellen eng internen Hinweisen erklärten die gsaufrufes mehrheitlich, ihre Aktivitäten ums" fortzusetzen. hwärtige politische Situation und ei unterschiedlichsten Bevölkerungskrei-
lehnung der Anmeldung der Vere Fortsetzung von Aktivitäten zu Sammlungsbewegung Nach dem MfS vorliegenden stre Erstunterzeichner des Gründung zur Formierung des "Neuen Foru Unter Bezugnahme auf die geger auf die angebliche Resonanz be sen in der DDR auf den Gründung	onen von Antragstellern auf die Abeinigung "Neues Forum" und über die ur Formierung dieser oppositionellen eng internen Hinweisen erklärten die gsaufrufes mehrheitlich, ihre Aktivitäten ums" fortzusetzen.
lehnung der Anmeldung der Vere Fortsetzung von Aktivitäten zu Sammlungsbewegung Nach dem MfS vorliegenden stre Erstunterzeichner des Gründung zur Formierung des "Neuen Foru Unter Bezugnahme auf die geger auf die angebliche Resonanz be sen in der DDR auf den Gründung sie darauf, daß bei Weiterführstrafrechtlichen Maßnahmen geg	onen von Antragstellern auf die Ab- einigung "Neues Forum" und über die ur Formierung dieser oppositionellen eng internen Hinweisen erklärten die gsaufrufes mehrheitlich, ihre Aktivitäten ums" fortzusetzen. nwärtige politische Situation und ei unterschiedlichsten Bevölkerungskreingsaufruf des "Neuen Forums" spekulieren rung entsprechender Aktivitäten keine gen die Initiatoren eingeleitet würden,
lehnung der Anmeldung der Vere Fortsetzung von Aktivitäten zu Sammlungsbewegung Nach dem MfS vorliegenden stre Erstunterzeichner des Gründung zur Formierung des "Neuen Foru Unter Bezugnahme auf die geger auf die angebliche Resonanz be sen in der DDR auf den Gründung sie darauf, daß bei Weiterführstrafrechtlichen Maßnahmen geg	onen von Antragstellern auf die Ab- einigung "Neues Forum" und über die ur Formierung dieser oppositionellen eng internen Hinweisen erklärten die gsaufrufes mehrheitlich, ihre Aktivitäten ums" fortzusetzen. nwärtige politische Situation und ei unterschiedlichsten Bevölkerungskrei- ngsaufruf des "Neuen Forums" spekulieren rung entsprechender Aktivitäten keine gen die Initiatoren eingeleitet würden, ne "breite Protestwelle" in der DDR
lehnung der Anmeldung der Vere Fortsetzung von Aktivitäten zu Sammlungsbewegung Nach dem MfS vorliegenden stre Erstunterzeichner des Gründung zur Formierung des "Neuen Ford Unter Bezugnahme auf die geger auf die angebliche Resonanz be sen in der DDR auf den Gründur sie darauf, daß bei Weiterführ strafrechtlichen Maßnahmen geg da dies ihrer Meinung nach eir und im Ausland zur Folge hätte Sie lassen die Absicht erkenne	onen von Antragstellern auf die Abeinigung "Neues Forum" und über die ur Formierung dieser oppositionellen eng internen Hinweisen erklärten die gsaufrufes mehrheitlich, ihre Aktivitäten ums" fortzusetzen. nwärtige politische Situation und ei unterschiedlichsten Bevölkerungskreingsaufruf des "Neuen Forums" spekulieren rung entsprechender Aktivitäten keine gen die Initiatoren eingeleitet würden, me "breite Protestwelle" in der DDR
lehnung der Anmeldung der Vere Fortsetzung von Aktivitäten zu Sammlungsbewegung Nach dem MfS vorliegenden stre Erstunterzeichner des Gründung zur Formierung des "Neuen Foru Unter Bezugnahme auf die geger auf die angebliche Resonanz besen in der DDR auf den Gründung sie darauf, daß bei Weiterführ strafrechtlichen Maßnahmen geg da dies ihrer Meinung nach ein und im Ausland zur Folge hätte Sie lassen die Absicht erkenne lichen Kräften im westlichen	onen von Antragstellern auf die Abeinigung "Neues Forum" und über die ur Formierung dieser oppositionellen eng internen Hinweisen erklärten die gsaufrufes mehrheitlich, ihre Aktivitäten ums" fortzusetzen. hwärtige politische Situation und ei unterschiedlichsten Bevölkerungskreingsaufruf des "Neuen Forums" spekulieren rung entsprechender Aktivitäten keine gen die Initiatoren eingeleitet würden, ne "breite Protestwelle" in der DDR

 $\textbf{Signatur:} \ \mathsf{BStU}, \ \mathsf{MfS}, \ \mathsf{ZAIG}, \ \mathsf{Nr.} \ \mathsf{5733}, \ \mathsf{Bl.} \ \mathsf{7-12}$



BStU 000008

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Obwohl ihnen rechtliche Schritte gegen die Ablehnung der Anmeldung versagt würden, ziehen sie in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Fertigstellung eines Programms und eines Statuts sowie vom weiteren Zustrom an Sympathisanten eine erneute Anmeldung der Vereinigung in Betracht.

In Anpassung an die nach der Ablehnung entstandene Lage soll – den Vorstellungen der Initiatoren/Organisatoren zufolge – die Arbeit des "Neuen Forums" als Bürgerinitiative weitergeführt werden.

Gegenwärtig konzentrieren sich die Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" auf die Erarbeitung und Diskussion eines sogenannten Problemkataloges für gesellschaftliche Veränderungen in der DDR.

Er soll insbesondere "Lösungsvarianten" in den Bereichen Wirtschaft und Ökologie (Strategische Änderungen in der Wirtschaftsführung; Teilnahme der Werktätigen an der Lenkung der Wirtschaft; Reduzierung der Umweltbelastungen; Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen Preis und Leistung), Wissenschaft, Kultur und Geistesleben sowie Staat (Schaffung Rechtsstaat; Reform des Wahlrechtes, uneingeschränkte Gewährleistung der Grundrechte; uneingeschränkte Freizügigkeit im Reiseverkehr) enthalten.

Darüber hinaus wird erwogen, anstelle von listenmäßigen Unterschriftensammlungen sog. Willenserklärungen zur Legalisierung des "Neuen Forums" zu organisieren. Als Sprecher wurden die hinlänglich bekannten Personen Bärbel BOHLEY, Hans-Jochen TSCHICHE, Michael ARNOLD, Rolf-Rüdiger HENRICH, Jens REICH und Martin KLÄHM benannt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5733, Bl. 7-12



BStU 000009

3

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die Propagierung der Ziele und Inhalte des "Neuen Forums" wird - wie bereits in der Information des MfS Nr. 427/89 vom 26. September 1989 eingeschätzt – durch Initiatoren/Organisatoren und Sympathisanten, insbesondere durch kirchliche Amtsträger und weitere in kirchlichen Einrichtungen tätige Personen zielstrebig fortgeführt.

Hauptmethoden sind dabei nach wie vor das Verlesen, Auslegen und die Kommentierung des Gründungsaufrufes im Rahmen von kirchlichen Veranstaltungen, teilweise verbunden mit Unterschriftensammlungen, seine Erörterung auf Zusammenkünften kirchenleitender Gremien in den Bereichen 'der evangelischen Landeskirchen sowie auf regionalen und überregionalen Treffen sog. kirchlicher Basisgruppen.

In Einzelfällen werden dabei an zentrale und territoriale staatliche Organe adressierte Protestresolutionen gegen die Ablehnung der Anmeldung der Vereinigung "Neues Forum" initiiert. Wiederholt nutzten hinlänglich bekannte reaktionäre kirchliche Kräfte den Gründungsaufruf als Ausgangspunkt für die Erarbeitung und Propagierung eigener Pamphlete, die sich gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung richten.

So verfaßte Pfarrer WINKELMANN/Bischofrod/Suhl (Leiter des Evangelischen Einkehrhauses Bischofrod, Mitglied des Fortsetzungsausschusses "Konkret für den Frieden"; unterhält enge Kontakte zum SPD-Bundestagsabgeordneten Horst SIELAFF) in Vorbereitung eines kirchlichen Basisgruppentreffens der Region Thüringen (30. September 1989) ein Pamphlet, in dem die Schaffung eines "demokratischen, pluralistischen und entwicklungsfähigen Sozialismus" verlangt und die Partei- und Staatsführung aufgefordert wird, zur "Wahrheit und zu Demokratie" zurückzukehren.

Gleichzeitig werden "alle Bürger unseres Landes" aufgerufen,

- "die öffentliche Lüge nicht mehr mitzuspielen und die notwendigen Fragen zu stellen" sowie

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5733, Bl. 7-12



BStU 000010

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

- "die demokratischen Grundrechte sich nicht länger vorenthalten zu lassen, sondern sie soweit wie möglich schon zu praktizieren".

Erheblich zugenommen haben Solidarisierungsbekundungen von Kunstund Kulturschaffenden für das "Neue Forum" bzw. für die bekannte "Resolution" der Unterhaltungskünstler sowie von diesem Personenkreis ausgehende Aktivitäten zu deren Propagierung. Eine besondere Rolle spielen dabei bestimmte Personenkreise in einigen Bezirksvorständen des Verbandes Bildender Künstler sowie Liedermacher und andere Vertreter der Unterhaltungskunst.

So verlas der Vorsitzende des Bezirksvorstandes des Verbandes Bildender Künstler Dresden auf einer Sekretariatssitzung des Vorstandes am 27. September 1989 den Gründungsaufruf des "Neuen Forums" und die "Resolution" der Unterhaltungskünstler. Er äußerte die Absicht, diese Materialien zu vervielfältigen und zu verbreiten.

Auf einer Beratung des Bezirksvorstandes des Verbandes Bildender Künstler Rostock am 27. September 1989 initiierte ein namentlich bekannter Teilnehmer eine Diskussion zur gegenwärtigen Situation in der DDR, verbunden mit der Abfassung einer Resolution. Darin wird die Partei- und Staatsführung u. a. aufgefordert, den "offenen politischen Dialog mit allen politischen Kräften unseres Landes" - zu führen. Die Tätigkeit des "Neuen Forums" wird "ausdrücklich begrüßt".

(Die Resolution wurde mit 22 Ja-Stimmen bei 5 Gegenstimmen verabschiedet.) Alle Teilnehmer der Beratung erhielten durch Verlesen Kenntnis vom Gründungsaufruf des "Neuen Forums" und von der "Resolution" der Unterhaltungskünstler.

Auf der am 25. September durchgeführten erweiterten Sitzung der Sektionsleitung Rockmusik sowie Lied und Kleinkunst des Komitees für Unterhaltungskunst der DDR beschlossen die Teilnehmer trotz der

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5733, Bl. 7-12



BStU 000011 5

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

versuchten Einflußnahme des Generaldirektors des Komitees, die "Resolution" der Unterhaltungskünstler auch weiterhin auf öffentlichen Veranstaltungen zu verlesen. Entsprechend dieser Orientierung nutzten Mitglieder der Rockgruppen "Die Zöllner", "Notentritt", "Pankow" und "Silly" sowie die Liedermacher WENZEL, MENSCHING, EGER, SCHMIDT, RIEDEL und HALBHUBER erneut öffentliche Auftritte zur Verlesung der Resolution, teilweise entgegen erteilter Auflagen durch den Veranstalter (Kultur- und Freizeitzentrum Erfurt).

Besonders beachtenswert sind Feststellungen über Sympathiebekundungen für das "Neue Forum" bzw. für die "Resolution" der Unterhaltungskünstler unter im künstlerischen Bereich des Staatlichen Komitees für Rundfunk der DDR tätigen Mitarbeitern.

So wandten sich die Gewerkschaftsgruppen Produktion bei Jugendradio DT 64 und Sinfonieorchester des Rundfunks der DDR sowie die Parteigruppe Musik bei Jugendradio DT 64 mit Resolutionen/Erklärungen an ihre Partei- bzw. Gewerkschaftsleitungen, in denen u.a. Zustimmung zum "basisdemokratischen Wirksamwerden von DDR-Bürgern" geäußert und Forderungen nach "offener Diskussion" über Probleme und Widersprüche in der Gesellschaft und nach "Überwindung der chronischen Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und politischen Erklärungen" erhoben werden.

Die Gewerkschaftsgruppe Künstlerisches Personal und Vertrauensleute des Deutschen Theaters/Berlin verabschiedete auf einer Gewerkschaftsversammlung am 26. September 1989 einen an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR gerichteten "Offenen Brief", in dem unter Bezugnahme auf die Ausreiseproblematik und Erscheinungen der "inneren Emigration" gefordert wird, die "Massenmedien in unserem Land für das Gespräch über unser Land" zu öffnen und "die Gedanken von Neues Forum und Anderen" zu veröffentlichen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5733, Bl. 7-12



BStU 000012 MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT Im Zusammenhang mit der anhaltenden massiven Hetz- und Verleumdungskampagne westlicher Medien kam es erneut zu Vorkommnissen in Form des Anbringens von Hetzlosungen/Verbreitens von Hetzblättern sowie von provokatorisch-demonstrativen Aktivitäten mit direkter Bezugnahme auf das "Neue Forum". Im Ergebnis von Prüfungshandlungen wurden in einer Reihe von Fällen strafrechtliche und andere rechtliche Maßnahmen durchgeführt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 5733, Bl. 7-12